



Medienmitteilung

17. November 2011

Treffen einer Delegation der Zentralschweizer Kantonsregierungen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der Zentralschweiz vom 16. November 2011

Die Zentralschweizer Kantonsregierungen wollen eine abermalige Vernachlässigung der Zentralschweizer Bahnprojekte nicht hinnehmen. Zusammen mit den Ständerats- und Nationalratsmitgliedern diskutierten sie die aktuelle Situation und stellten Forderungen. Als eine der grössten Herausforderungen für die Zukunft wird zudem die Energiepolitik gesehen. Die Kantone erwarten hierzu ein konzeptionelles Vorgehen. Weiter setzen sich die Zentralschweizer Kantone für die Armee-Arbeitsplätze in der Region, für ein schnelleres Asylverfahren und für eine gebührende Berücksichtigung des Verkehrshauses der Schweiz im neuen Kulturförderungsgesetz ein.

Auf Einladung der Zentralschweizer Kantonsregierungen trafen sich am Mittwoch, 16. November 2011, zum dritten Mal eine Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern. Im Zentrum des Treffens standen die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich der zukünftigen Bahninfrastruktur und der Energieversorgung. Armee-Arbeitsplätze, Asylverfahren und das Verkehrshaus der Schweiz waren weitere Themen, die zur Sprache kamen.

Unakzeptable Vernachlässigung der Bahninfrastruktur in der Zentralschweiz

Vor rund zwei Jahren vollzogen die Regierungen der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug einen Schulterschluss und bündelten ihre Anliegen hinsichtlich der zukünftigen Bahnprojekte. Im Zentrum der Forderungen stehen der Zimmerberg-Basistunnel II, der Tiefbahnhof Luzern und der neue Axentunnel. Zur Vorlage des Bundesrates – Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI) – haben die Zentralschweizer Kantone eine kritische Haltung. Die Vorlage priorisiert ihrer Meinung nach die Ost-West-Achse; die für die Zentralschweiz wichtige Gotthardachse kommt zu kurz. Die abermalige Vernachlässigung der Bahninfrastruktur in der Zentralschweiz kann nicht akzeptiert werden. Die drei Projekte müssen Bestandteil der Dringlichkeitsstufe 1 sein und sodann realisiert werden:

- Der Zimmerberg-Basistunnel II überzeugt mit einem vorteilhaften Kosten-Nutzen-Verhältnis und ist bereits in einer Volksabstimmung beschlossen worden.
- Der Tiefbahnhof Luzern ist eine aufwärtskompatible Lösung, welche die mehrfach bestehenden Engpässe beseitigt, kostengünstiger als das Flickwerk an der Oberfläche ist und auch langfristig einen Ausbau ermöglicht.
- Der neue Axentunnel ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Betrieb der Gotthard-Achse.

Bezüglich der Finanzierung fordern die Kantonsregierungen eine nachhaltige und transparente Finanzordnung. Deren Erarbeitung braucht Zeit. Die Koppelung von FABI an die VCS-Initiative ist zu hinterfragen. Eine finanzielle Beteiligung an der nationalen Infrastruktur in anderen Landesteilen wird grundsätzlich ausgeschlossen. Sofern die Kantone von der Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Dringlichkeit einzelner Projekte überzeugt sind, wird ein finanzieller Beitrag nicht ausgeschlossen. Die Möglichkeit zur Vorfinanzierung durch Kantone ist auf alle priorisierten Projekte zu erweitern.

Energie: Konzeptionelles Vorgehen

Aus Sicht der Kantone können die zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Energie nur mit einem konzeptionellen Vorgehen gemeistert werden. Bund und Kantone haben eine Gesamtstrategie zu entwickeln, die sowohl die Erschliessung von Lieferkapazitäten als auch den Um- und Ausbau von Netzen umfasst. Ohne ein neues Konzept kann der Ausstieg aus der Atomenergie nicht verantwortet werden. In jedem Fall sind Risiken und Kosten offen zu legen und die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein. In Kenntnis dieser Strategie und der Konsequenzen soll die Bevölkerung über den Ausstieg aus der Atomenergie entscheiden können.

Sicherung der Armee-Arbeitsplätze

Die Zentralschweizer Kantone werden sich weiterhin gemeinsam für die Armee-Arbeitsplätze in der Region einsetzen. Die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPKD) setzte kürzlich eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, die weitere Entwicklung der Armee reform eng zu verfolgen. Sobald Klarheit über die Auswirkungen der Armee reform besteht, werden die Zentralschweizer Kantonsregierungen die Lage analysieren und ihre gemeinsamen Interessen definieren. Die Zentralschweizer Mitglieder des Ständerates und des Nationalrates werden auf dem Laufenden gehalten.

Kürzere Asylverfahren

Die Asylverfahren dauern aus Sicht der Kantone viel zu lange. Ein Grossteil der Probleme im Asylbereich erscheint hausgemacht. Zu nennen sind lange erst- und zweitinstanzliche Verfahren, eine Verrechtlichung der Verfahren und der mit der Reorganisation des Bundesamtes für Migration (BFM) einhergehende Qualitätsverlust. Das Bundesparlament und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) sind gefordert, die richtigen Massnahmen zu treffen. Schliesslich wird vom Bund erwartet, dass er gegenüber den Herkunftsstaaten kohärent und zielorientiert auftritt, so dass langjährige Blockaden im Wegweisungs-vollzug endlich ausgeräumt werden können.

Unterstützung des Verkehrshauses der Schweiz

Mit jährlich 800'000 Besucherinnen und Besuchern ist das Verkehrshaus der Schweiz das grösste und bedeutendste Museum der Schweiz. Es weist einen Selbstfinanzierungsgrad von 90% aus. Die Zentralschweizer Kantone unterstützen das Verkehrshaus seit Jahren nicht nur ideell, sondern auch finanziell. Der Bund erarbeitet derzeit die rechtlichen Grundlagen für die zukünftigen Bundesbeiträge an Museen. Mit Blick auf diesen Gesetzgebungsprozess fordern die Zentralschweizer Kantonsregierungen, dass das Verkehrshaus auch in Zukunft vom Bund eine angemessene Unterstützung erhält. Es darf nicht sein, dass das Verkehrshaus aufgrund seines betrieblichen Erfolges dahingehend bestraft wird, dass es weniger Unterstützung erhält.

Die ausführlichen Unterlagen zum Treffen finden sich auf der ZRK-Homepage (www.zrk.ch), unter der Rubrik „Projekte“.

Kontaktpersonen:

Regierungsrat Hugo Kayser, Präsident ZRK, 041 618 71 00

Othmar Filliger, Konferenzsekretär ZRK, 041 618 79 21